

## Die japanische Journalistin Mako Oshidori zu Gast in Groß-Gerau

Hier die wichtigsten Fakten aus dem Vortrag:

- Schon wenn man als Journalist/in in Japan einfach nur zum Thema Atomkraft recherchiert, anstatt die offiziellen Verlautbarungen ungeprüft abzudrucken, wird man zum Staatsfeind erklärt, beschattet, unter Druck gesetzt und eingeschüchtert. Die Atomlobby sei weiterhin allgegenwärtig und verhindere nahezu jede kritische Berichterstattung.
- Es gibt ein neues Gesetz in Japan, das die Verbreitung von „Schlechten Nachrichten aus Fukushima“ ausdrücklich verbietet und zu Staatsgeheimnissen erklärt!
- Oshidoris Fazit nach fast drei Jahren fällt harsch aus: "Ich bin überrascht", sagt sie, "dass Japan in Europa als Demokratie wahrgenommen wird."
- Menschen, die sich weigern, in die verstrahlten Gebiete zurückzukehren, weil sie diese auch nach der massiven, vollkommen willkürlichen Erhöhung der Grenzwerte nicht für sicher halten, verlieren ihre staatliche Unterstützung.
- Frauen und Männer aus der Havariezone werden als Ehe-Partner in anderen Regionen nicht mehr akzeptiert: ausgestoßene Verstrahlte.
- An den Ruinen der Reaktorblöcke von Fukushima arbeiten rund 3.000 Menschen in mehreren Schichten. Sie sind für die dauernde Kühlung der geschmolzenen Brennelemente zuständig, für die Schuttbeseitigung und teilweise für die Bergung hochradioaktiven Materials. Es seien bevorzugt ältere und alleinstehende Männer im Einsatz. Mehrere Bereiche des havarierten Atomkraftwerks strahlen mit 25 Sievert pro Stunde, ein Wert, der für Menschen schon nach kurzer Dauer tödlich ist. Dort sind keinerlei Aufräumarbeiten möglich.
- Nach inoffizieller Aussage eines hochrangigen TEPCO-Mitarbeiters könne man froh sein, wenn in 50 bis 80 Jahren ein Beton-Sarkophag wie in Tschernobyl gebaut werden könne, der den Großteil der Strahlung zurückhält. Bis dahin blieben die vier Reaktorblöcke von Fukushima eine unsagbar teure strahlende Baustelle, die pro Jahr rund 60 Milliarden Euro verschlinge. Dies sind verglichen mit Deutschland ein Fünftel des Bundeshaushaltes und hochgerechnet auf 50 Jahre rund 3.000 Milliarden Euro. Und das obwohl der allergrößte Teil der radioaktiven Strahlung auf den Pazifik getragen wurde und dort keine Kosten verursacht. Ein vergleichbarer Super-GAU im dichtbesiedelten Mitteleuropa, so ein Veranstaltungsteilnehmer, wäre der finanzielle Ruin gleich mehrerer Länder.